A3 2. Mentale Gesundheit stärken – Ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem für Baden-Württemberg

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-

Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)

Tagesordnungspunkt: 3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

Antragstext

Die mentale Gesundheit von jungen Menschen verschlechtert sich zunehmend. Viele junge Menschen leiden unter psychischen Herausforderungen. Das Land muss dieses Problem ernst nehmen und die mentale Gesundheit junger Menschen in der Gesellschaft deutlich verbessern. Dafür braucht es den schnellen Ausbau ambulanter und stationärer Therapieangebote durch die gezielte Förderung von Einrichtungen in Landeszuständigkeit.

8 Fach

Fachkräfte, die im Bereich der psychischen Versorgung arbeiten müssen diskriminierungssensibel aus- und fortgebildet werden.

Ebenfalls benötigt es insbesondere für Patient*innen aus ländlichen Bereichen den Ausbau digitaler Behandlungsmöglichkeiten. Dafür müssen Hemmnisse wie unzureichende technische Voraussetzungen zur Teilnahme an Videosprechstunden oder mangelndes Know-how der Behandler*innen bezüglich Einrichtung und Durchführung von Videosprechstunden gezielt abgebaut werden. Psychosoziale Notfalldienste müssen landesweit rund um die Uhr erreichbar sein, insbesondere für junge Menschen in akuten Notsituationen. Schulen und Hochschulen sowie Kindergärten sollen in Zusammenarbeit mit Fachleuten und Interessensgruppen verpflichtend Konzepte zur Förderung der mentalen Gesundheit auflegen und umsetzen, etwa durch Schulpsychologinnen und Stresspräventionsprogramme. Zudem müssen Jugendzentren und Freizeiteinrichtungen gestärkt und das entsprechende Personal auf psychische Herausforderungen der jungen Menschen vorbereitet werden, um sichere Rückzugsorte und Unterstützungsangebote im Alltag zu schaffen.

Darüber

Darüber hinaus müssen Übergangsstellen wie psychosoziale Beratungsstellen und
Sucht- sowie Suizidpräventionsstellen vom Land ausgebaut werden. Um das StadtLand-Gefälle zu verringern, sollten bezuschusste Therapieangebote in ländlichen
Regionen eingeführt werden. Die Jugendpsychiatrie muss gestärkt und
unterbezahlte Jugendtherapien besser finanziert werden, beispielsweise durch die
Investition in landeseigene Einrichtungen. Ein Landesbeirat für psychische
Gesundheit soll die bestehenden Bedarfe direkt einbringen können und auch bei

der Entwicklung einer landesweiten Strategie gegen Einsamkeit unterstützen. 32 Schließlich ist auch eine umfassende gesellschaftliche Aufklärung notwendig, um 33 die Stigmatisierung psychischer Erkrankungen zu überwinden und die mentale 34 Gesundheit als wichtigen Bestandteil der Gesundheitsversorgung auf politischer 35 Ebene stärker zu verankern. Angehende Beamt*innen sollen durch die Zuhilfenahme 36 37 von therapeutischen Angeboten nicht benachteiligt werden oder sogar ihre 38 Verbeamtung gefährden. Gerade in psychisch belastenden Berufen, wie dem 39 Polizeidienst, sollten Beamt*innen psychosoziale Beratungsangebote vom ersten 40 Tag ihrer Ausbildung an zur Verfügung stehen.

Das Land soll für Notfälle gemeinsam mit den Kommunen Konzepte zur Versorgung mit Seelsorger*innen im öffentlichen Raum entwickeln und umsetzen. Besonders vulnerable Gruppenwie Geflüchtete, Alleinerziehende oder LGBTQIA+ Personen benötigen spezifische Unterstützungsangebote, um ihre mentale Gesundheit nachhaltig zu stärken. Hierfür sollen gesonderte Angebote geschaffen werden.

41

42

43

45

46 47

48 49

50

51 52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

67

68

69

70

71

72

73

74

75

Für eine bessere allgemeine Gesundheitsversorgung müssen geschlechtsspezifische Unterschiede in Krankheitsverläufen in die Gesundheitsstrategie des Landes einbezogen und durch gezielte Forschung besser adressiert werden. In der medizinischen Ausbildung fehlt es oft an flächendeckender Kenntnis zu Schwangerschaftsabbrüchen. Es muss sichergestellt werden, dass Medizinstudierende und angehende Ärzt*innen umfassend zu diesem Thema geschult werden. Zudem sollen landesweit nach dem Vorbild Heidelbergs Gewaltambulanzen mit Rechtsmediziner*innen für Vergewaltigungsopfer zur Beweissicherung eingerichtet werden. Beratungsangebote für Schwangerschaftsabbrüche sollen landesweit flächendeckend zur Verfügung gestellt werden. Die Forschung zu ME/CFS und Long Covid muss ausgebaut und der Kenntnisstand der Forschung effektiver in die Fläche getragen werden. Außerdem sollte eine zentrale Stelle eingerichtet werden, wo sich Betroffene und Angehörige hinwenden können um die für sie notwendigen Informationen zu erlangen (Auskunft über Ärzte, Unterstützungsmöglichkeiten, Spezialambulanzen etc). Außerdem sollte die Genehmigung von Unterstützungsmaßnahmen wie dem Avatar-Roboter schneller gehen (gewährleistet die Inklusion von kranken Schüler:innen, lässt sie von zuhause am Unterricht teilnehmen) . Hierzu muss das Land die Sensibilisierung und Schulung der Pflegekräfte und Ärzt*innen stärker vorantreiben. Lehrerkräfte sollen ebenfalls zu psychischen Erkrankungen, ME/CFS und Long Covid geschult werden. Hierbei gilt die Schwerpunkte zu legen, was die Krankheiten sind, was sie für das Leben der Schüler:innen bedeutet, welche Auswirkungen unterschiedliche Verhaltensweisen der Lehrpersonen auf die erkrankten Schüler:innen hat, was im Umgang mit kranken Schüler:innen zu vermeiden ist/ was zur Verschlimmerung der Situation führt und wie Schüler:innen richtig unterstützt werden können, sodass die Schule zu einem fördernden und unterstützenden Umfeld für kranke Schüler:innen wird, anstelle ein Ort der Krankheiten verschlimmert. Für Lehramtstudierende sollte diese Schulung/ Aufklärung Teil ihres Lehramtstudiums werden, sodass zukünftige Lehrpersonen zur Problemlösung beitragen können und nicht die Situation der erkrankten Schüler:innen verschlimmer.

Gleichzeitig muss die Arbeit von Pflegekräften endlich angemessen entlohnt werden, um den Beruf attraktiver zu machen und der Personalnot in Krankenhäusernund Pflegeeinrichtungen entgegenzuwirken. So muss das Land endlich die bundesgesetzlich geregelte Personalbemessung und deren Einhaltung sicherstellen. Darüber hinaus muss das Land bei Ausbildung und Qualifizierung einen besseren Einstieg in die Ausbildung zur Fachkraft ermöglichen und anfallende Investitionskosten bei Pflegeeinrichtungen übernehmen.

Unterstützer*innen

Mara Newman

76

77

78

79

80

81

82